



Jürgen Hofmann (MLS)

Region und Geschichte. Konzeptionelle und methodische Probleme am Beispiel eines Berliner Bezirks

Vortrag in der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften am 9. Februar 2017

Veröffentlicht: 15.06.2017

Regionalgeschichte. Zur Vieldeutigkeit eines Begriffes

Begriff und Gegenstand von Regionalgeschichte sind nicht eindeutig umrissen. In der wissenschaftlichen Diskussion und Praxis werden sie mal enger und mal weiter gefasst. Als Geschichte eines regional definierten Gebietes kann sie die Geschichte von Ortschaften, Dörfern und größeren Landstrichen erfassen. Davon unterschieden wird häufig die Stadtgeschichte als eigene Disziplin. Vor allem wenn urban bzw. metropolitan history unter globalem und vergleichendem Blickwinkel untersucht wird, muss sie in der Tat als eigenständige Disziplin betrieben werden. Vieles spricht jedoch auch dafür, die Stadtgeschichte nicht aus dem Komplex der Regionalgeschichte herauszulösen. Schon der Einfluss, den Städte auf ihr Umfeld nehmen, spräche dagegen. Schwierig dürfte auch eine Abgrenzung gegenüber der Heimatgeschichte werden, die im Alltagssprachgebrauch oft auch synonym für die Gegenstände verwandt wird, die der Regionalgeschichte zugeordnet werden.¹

Im Unterschied zur Regionalgeschichte und Heimatgeschichte bezieht sich Landesgeschichte auf staatlich bzw. teilstaatlich definierte Territorien. In der DDR war mit Blick auf die anstelle der Länder gebildeten Bezirke der Begriff der Territorialgeschichte üblich. Regionalgeschichte, Stadtgeschichte und Landesgeschichte lassen sich jedoch z.B. bei den Stadtstaaten (Berlin, Hamburg, Bremen) nicht immer voneinander trennen.

Angesichts der begrifflichen Vieldeutigkeit und unentschiedener definatorischer Exkurse ist es unverzichtbar, in jedem Fall zu bestimmen worauf sich die Untersuchung und Darstellung bezieht. Die Region, deren Geschichte zu erforschen und zu beschreiben ist, muss also im Einzelfall stets konkret definiert werden.

Regionalgeschichte. Ein Rückblick

Das Interesse an Regionalgeschichte entwickelte sich im 19. Jahrhundert. Zuvor war Ortsgeschichte vorwiegend von Geistlichen und Lehrern in Kirchen und Schulchroniken festgehalten worden. Die professionelle Geschichtsschreibung befasste sich in der Regel mit der Geschichte von Herrscherhäusern und der Rezeption weit zurückliegender Epochen (z. B. Antike, römisches Recht etc.). Erste Geschichtsvereine und Altertumsvereine, die sich der regionalen Geschichtsforschung und der Denkmalpflege widmeten entstanden bereits Anfang des 19. Jahrhunderts (z. B. der Verein für Geschichte und Naturgeschichte der Baar 1805 und der Verein für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung 1812). Im Berliner Raum entstand 1837 der Verein für die Geschichte der Mark Brandenburg und 1865 der Verein für die Geschichte Berlins, der immer noch existiert.

Einen regelrechten Schub erlebte die Beschäftigung mit Regionalgeschichte ab Mitte des 19. Jahrhunderts. Die zahlreichen Einzelvereine schlossen sich 1852 unter dem Dach des Gesamtvereins der Deutschen Geschichts- und Altertumsvereine zusammen, der heute noch besteht. Zu den Gründungsvätern gehörte der Begründer des Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg Hans von und

¹ Siehe Malte Zierenberg: Stadtgeschichte, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 25.10.2016 (http://docupedia.de/zg/Zierenberg_stadtgeschichte_v1_de_2016)

zu Aufseß (1801-1872). „Gründungszweck des Gesamtvereins war es, durch Zusammenschluss der Geschichtsträger vieler Territorien, Landschaften und Städte die Einheit der deutschen Geschichte in der Vielheit zu betonen und damit die landes- und regionalgeschichtliche Forschung anzuregen.“² Die Suche nach regionaler Identität verknüpfte sich mit Trends und Strömungen der Nationalbewegung. Daraus ergaben sich positive Effekte aber auch Belastungen. Ideen der ausklingenden Romantik, Mittelalterbegeisterung, deutschnationales und frankophobes Gedankengut standen an der Wiege dieser Bewegung. Die nationalistische Grundierung verstärkte sich Ausgang des 19. Jahrhunderts noch durch die als nostalgische Reaktion auf den Aufstieg der Städte und der Industrie in Mode kommende Heimatkunst und Heimatschutzbewegung. Wortführer der völkisch-nationalistischen Heimatkunstbewegung war der Schriftsteller Friedrich Lienhardt (1865-1929). In der Zeitschrift „Deutsche Heimat“ idealisierten er und andere Autoren die ländliche Idylle, Volkstum und Bräuche. Die Anknüpfungspunkte für völkische Bewegungen, antisemitische und rassetheoretische Vorstöße sind in den Artikeln nicht zu übersehen. Zugleich gehen von dieser Bewegung wichtige Impulse für den Schutz der landschaftlichen Natur und der geschichtlichen Denkmäler Deutschlands aus. Sie führen 1904 zur Gründung des Deutschen Bundes für Heimatschutz, der sich für die Erhaltung kultureller und natürlicher Reichtümer – Bräuche, Trachten, Bauwerke, Landschaften, Naturdenkmale – einsetzt. Juden sollten den Gründungsauftrag nicht unterzeichnen dürfen. Für den Initiator, dem Komponisten und Naturschützer Ernst Rudorff (1840-1916), galt es „Materialismus“ und die „rote Internationale“ zu bekämpfen.

Die NS-Bewegung fand bei den regionalgeschichtlichen und heimatkundlichen Vereinen und Institutionen zahlreiche Anknüpfungspunkte. Die germanozentrische, rassistische und antisemitische Ausrichtung von Forschung und Propaganda stieß auf wenig Widerstand. Die Belastung von Regionalgeschichte, Denkmalschutz und Heimatkunde hatte bereits einen längeren Vorlauf.

Nach 1945 stand deshalb die Frage, ob und wie Regionalgeschichte und Volkskunde fortgeführt werden können. Es dauerte einige Jahre, ehe die regional bezogenen Geschichtsvereine wieder Fuß fassen konnten. Die Zahl der im Gesamtverein der Deutschen Geschichts- und Altertumsvereine vertretenen Vereine war zunächst rückläufig. Ehemalige Vorstandsmitglieder trafen sich Anfang Juni 1949 für einen Neubeginn des Gesamtvereins. Ab 1950 wurden wieder regelmäßige Jahresversammlungen durchgeführt. Regionalgeschichtliche Forschungen im universitären Bereich waren in der Regel bei den Landesgeschichtlichen Instituten angesiedelt.

In der DDR fand die Regionalgeschichte eine Heimstatt im Kulturbund. Grundlage war die „Verordnung zur Überführung von Volkskunstgruppen und volksbildenden Vereinen in die bestehenden demokratischen Massenorganisationen“ der Deutschen Wirtschaftskommission vom Januar 1949. Die 1. Zentrale Tagung der Natur- und Heimatfreunde im Kulturbund im November 1950 erklärte die Heimatgeschichte und Ortschronik zum Arbeitsgebiet ihrer Arbeitsgemeinschaften und Ortsgruppen. Ein Jahr später wurden die Fachausschüsse Heimatgeschichte und Ortschroniken, Ur- und Frühgeschichte sowie Denkmalpflege gebildet. Im Januar 1979 gingen diese Aufgaben an die neugebildete Gesellschaft für Heimatgeschichte über. Neu hinzu kamen Volkskunde und Kulturgeschichte, Numismatik und Kulturgeschichtliche Zinnfiguren. Dafür fiel die Denkmalpflege aus dem Aufgabenbereich heraus. Eine Entscheidung, die umstritten blieb.³

Im universitären Bereich soll Karl Czok (1926-2013) nicht unerwähnt bleiben. Sein Buch zur Stellung der Stadt in der deutschen Geschichte von 1969 und das seit 1965 von ihm herausgegebene Jahrbuch für Regionalforschung haben wesentlich zur Orientierung und Profilierung auf diesem Fachgebiet beigetragen. Das Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR richtete 1983 eine Forschungsstelle Regionalgeschichte ein, die von unserem kürzlich verstorbenen Mitglied Helga Schultz (1941-2016) geleitet wurde. Vorangegangen war die Publikationsreihe „Werte

² Zitiert nach <http://www.gesamtverein.de>.

³ Siehe Zeittafel zur heimatgeschichtlichen Arbeit im Kulturbund der DDR 1945-1985, hrsg. vom Zentralvorstand der Gesellschaft für Heimatgeschichte im Kulturbund der DDR, Berlin 1986.

der Deutschen Heimat“ der Arbeitsgruppe Heimatforschung am Institut für Geografie und Geoökologie der Akademie, die bis 1990 fünfzig Bände (darunter ein Doppelband) veröffentlichte. In diese Reihe, die ab 1970 den Titel „Werte unserer Heimat trug“, flossen auch Ergebnisse regionalgeschichtlicher Forschungen ein. Die Reihe wird inzwischen vom Leibniz-Institut für Länderkunde e.V. und von der Sächsischen Akademie der Wissenschaften fortgeführt.

Als wichtiger Beitrag, ein bis dahin vernachlässigtes Feld der Orts- und Regionalgeschichte aufzubereiten, können die Kommissionen zur Erforschung der örtlichen Arbeiterbewegung gelten, die Mitte der 1950er Jahre bei den Kreis- und Bezirksleitungen der SED gebildet wurden. Ein Beschluss des Sekretariats des ZK der SED vom 22. August 1962 zielte darauf ab, sie stärker zu koordinieren.⁴ Dem Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED oblag die Anleitung, mit der auch eine Kontrollfunktion verbunden war. Dafür wurde 1978 sogar eine eigene Abteilung eingerichtet. Eine Arbeitsvereinbarung zwischen dem IML und der Arbeitsgruppe Heimatgeschichte/Ortschronik im Kulturbund regelte seit April 1963 die Kooperation, begründete zugleich eine Abhängigkeit. Orts- und Regionalgeschichte wurden nicht selten der Arbeiterbewegungs- und Parteigeschichte untergeordnet.

Nicht unerwähnt bleiben soll die im Zusammenhang mit dem 750-Jahrjubiläum Berlins von der Historischen Kommission auf den Weg gebrachte von Wolfgang Ribbe herausgegebene Reihe: Geschichte der Berliner Verwaltungsbezirke. Bis 1990 erschienen 12 Bände zur den Bezirken in Berlin (West). Die Fortsetzung zu den auf weitere 10 Bände konzipierten Reihe der Bezirke im Ostteil Berlins konnte nur teilweise vollendet werden. Hiervon erschienen nur die Bände zu Hellersdorf, Hohenschönhausen Köpenick, Prenzlauer Berg und Treptow.⁵

Mehrere ehrgeizige Projekte zur Berliner Regionalgeschichte verfolgte nach 1990 der Luisenstädtische Bildungsverein. Finanziert über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen konnte von abgewickelten Wissenschaftlern regionalgeschichtliches Material zusammengetragen und in Publikationen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.⁶

Regionales – Nationales – Globales. Beispiele eines Wechselverhältnisses

Regionalgeschichte steht in einem komplexen Wechselverhältnis zur Landesgeschichte, zur Nationalgeschichte und über diese vermittelt zu internationalen Vorgängen. Dennoch ist Regionalgeschichte kein verkleinertes Abbild historischer Ereignisse und Prozesse aus größeren Zusammenhängen. Regionalgeschichte entwickelt nicht selten eine Spezifik und Eigendynamik, die sie von nationalen und internationalen Vorgängen unterscheidet. Manchmal gehen die Initialzündungen für relevante Ereignisse und Veränderungen von einer Region aus, und manchmal werden Umbrüche und Veränderungen im Nachgang, phasenverschoben, vollzogen. Die besonderen regionalen und örtlichen Bedingungen müssen sich im regionalgeschichtlichen Narrativ ebenso wiederfinden wie ihre Kontextualisierung mit den Prozessen der Landes- und Nationalgeschichte.

Die vielschichtigen Beziehungen und die daraus resultierenden Wechselverhältnisse sollen im Folgenden an einigen Beispielen verdeutlicht werden. Ich konzentriere mich überwiegend auf Berlin-Lichtenberg und seine Vorläufer, ein Gegenstand zu dem ich länger geforscht und publiziert habe.⁷

Ausgangspunkt ortsgeschichtlicher Narrative ist in der Regel die erste urkundliche Erwähnung. Manchmal liegt auch eine Gründungsurkunde vor. Die namensgebende Siedlung Lichtenberg ist 1288 erstmals erwähnt. Siedlungen, die heute Ortsteile bilden, sind urkundlich älter. Wartenberg taucht

⁴ Siehe SAPMO, DY 30/VI A 2/9.07/251.

⁵ Siehe Wolfgang Ribbe (Hg.): Geschichte der Berliner Verwaltungsbezirke, Reihe A, Bd. 1-12, Berlin 1988-1990; ders.: Geschichte der Berliner Verwaltungsbezirke, Reihe B, Berlin 1995-1997 (unvollendet).

⁶ Siehe u.a. Berlinische Monatsschrift, hrsg. vom Luisenstädtischen Bildungsverein, Berlin 1992-2001; Alle Berliner Straßen und Plätze. Von der Gründung bis zur Gegenwart, 4 Bde., Berlin 1998; Berliner Bezirkslexikon. Mitte, hrsg. von Hans-Jürgen Mende und Kurt Wernicke, Berlin 2001; Hans-Jürgen Mende: Lexikon Berliner Grabstätten, Berlin 2005.

⁷ Siehe Jürgen Hofmann: Lichtenberg. Kurze Geschichte eines Berliner Bezirks, Berlin 2013.

bereits 1270 und Rosenfelde (das heutige Friedrichsfelde) bereits 1265 in Urkunden auf. Das heutige wie das ehemalige Territorium des Verwaltungsbezirks Lichtenberg wurde jedoch bereits viel früher besiedelt. Um solche frühen Besiedlungen nachzuweisen, bedarf es entsprechender archäologischer Funde. Für ein Gebiet, das in den zurückliegenden 150 Jahren immer dichter und zeitweise ohne große Rücksichten bebaut wurde, sind solche Funde die Ausnahme. Lange Zeit galten deshalb die in den 1970er Jahren im Umfeld von Marzahn gefundenen slawischen und germanischen Siedlungsreste aus dem 5. Bis 1. Jahrhundert v.u.Z. als Belege für frühe Besiedlung. Generell ging die Forschung davon aus, dass die Höhenlagen des Barnim die geeigneten Bedingungen für Siedlungen boten. Dem Berliner Urstromtal wurde diese Eignung für so frühe Phasen abgesprochen. Deshalb war es eine kleine Sensation als 2013 bei einem Neubauprojekt in Karlshorst Zeugnisse einer bronzezeitlichen Siedlung gefunden wurden, die der Lausitzer Kultur zuzurechnen sind. Wie lange sie bestand ist nicht auszumachen. Aber die archäologischen Spuren lassen vermuten, dass es sich nicht nur um einen kurzfristigen Rastplatz gehandelt hat.⁸

Vom Edikt von Potsdam aus dem Jahre 1685 lässt sich eine Querverbindung ins heutige Territorium des Bezirkes ziehen. Staatsminister Paul von Fuchs (1640-1704) war maßgeblich an der Ausarbeitung des Toleranzedikts beteiligt und in diesen Jahren Gutsherr auf Malchow (heute ein Ortsteil von Lichtenberg). Hier und in Nachbardörfern siedelten sich auch Hugenotten an. Das Grabgelege des Paul von Fuchs in der Dorfkirche fiel leider 1945 in den letzten Kriegstagen der Sprengwut des faschistischen Militärs zum Opfer.

Im letzten Drittel des 17. Jahrhunderts wird Rosenfelde (heute Friedrichsfelde) zu einer angesagten Adresse höfischen Lebens. Hier residiert der kurfürstliche Marinedirektor Benjamin Raule (1634-1707). Der Niederländer baut im Auftrag des Großen Kurfürsten die erste kurfürstliche Flotte auf, geht mit den Schiffen auf Kaperfahrt und gründet 1683 im heutigen Ghana den Kolonialstützpunkt Groß Friedrichsburg. Später gerät er in Ungnade. Über dem Schloss Friedrichfelde liegt demnach auch ein Hauch fast vergessener Kolonialgeschichte.⁹

Nach der Niederlage Preußens 1806 bezog Marshall Louis-Nicolas Davot (1772-1825) zeitweise Quartier im Schloss Friedrichsfelde. Napoleon Bonaparte (1769-1821) hielt ganz in der Nähe seine große Truppenparade ab. Als sich das Blatt gewendet hatte musste von 1814 bis 1815 der sächsische König hier seinen Arrest verbüßen – eine durchaus luxuriöse Gefangenschaft.

Dass das kleine Gut Lichtenberg etwas mit den preußischen Reformen zu tun hat, ist kaum zu vermuten. Dennoch hier – nahe der Residenzstadt Berlin und zugleich hinreichend abgeschieden – trafen sich 1810 wichtige Reformer und ihre Unterstützer zu ihren Lichtenberger Konferenzen. Christian Friedrich Scharnweber (1770-1822) hatte 1805 das Gut Lichtenberg von Berlin gepachtet. Im Folgejahr trat Carl August Graf von Hardenberg (1750-1822) hälftig in diesen Pachtvertrag ein. Im Mai 1810 darf Hardenberg nach Lichtenberg übersiedeln. Im Gutshaus treffen sich Akteure und Unterstützer der Reformen in Preußen.¹⁰

Was wir heute als Berliner Stadtgebiet kennen hat sich – anders als die meisten Metropolen – nicht durch eine schrittweise Ausweitung und sukzessive Eingemeindungen gebildet, sondern durch einen Gesetzesakt der Preußischen Landesversammlung 1920. Das Gesetz über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin ging mit einer knappen Mehrheit von 164:148 durch. Aus dem bisherigen Berlin, sieben weiteren Städten sowie 59 Landgemeinden und 27 Gutsbezirken Groß-Berlin. Im Gesetzestext heißt es ausdrücklich, die zuvor einzeln aufgelisteten scheiden aus bisherigen Verbän-

⁸ Siehe Faszination Archäologie. Funde aus Ur- Und Frühgeschichte in Lichtenberg und Hohenschönhausen. Katalog, hrsg. vom Museum Lichtenberg im Stadthaus, Berlin 2012.

⁹ Siehe Ulrich van der Heyden: Rote Adler an Afrikas Küste. Die brandenburgisch-preußische Kolonie Großfriedrichsburg in Westafrika, Berlin 2001.

¹⁰ Knut Käpernick, Gunnar Müller: Preußische Reformer in Lichtenberg. Carl August von Hardenberg und Friedrich Scharnweber, Berlin 2014.

den aus und „bilden die Stadtgemeinde ‚Berlin‘“. ¹¹ Der verbreitete Begriff „Eingemeindung“ ist folglich nicht korrekt.

Lichtenberg hatte zu diesem Zeitpunkt gerade einmal knapp 13 Jahre Entwicklung als Stadt hinter sich. Lange zögerten Regierungspräsident in Potsdam und das Innenministerium dem größten Dorf in Preußen den Status einer Stadt zuzuerkennen, obwohl die Landgemeinde schon vor 1907 mit ca. 66 000 Bewohnern mehr Einwohner hatte als die meisten anderen preußischen Städte. In den wenigen Jahren bis zum Beginn des ersten Weltkrieges stieg die Einwohnerzahl auf 150 000. Lichtenberg war eine Großstadt mit industrieller Prägung. Die Vorbehalte gegen die Bildung von Groß Berlin hatten in erster Linie politische und ökonomische Ursachen. Neben der Befürchtung, der proletarische Osten und damit die Sozialdemokratie könnten zu viel Einfluss gewinnen war es der Unwille der reicheren Städte und Gemeinden westlich von Berlin, die Lasten für den steuerschwachen Osten mittragen zu müssen.

Die Stadt Berlin-Lichtenberg war im März 1919 der Ort, an dem der blutige Kehraus der Novemberrevolution in Preußen inszeniert wurde. Eine lancierte Falschmeldung, wonach angeblich in Lichtenberg 60 Polizeibeamte von Aufständischen massakriert worden seien, bildete die Grundlage für das Einrücken von Regierungstruppen und Freikorpsverbänden mit schweren Waffen. Gustav Noske hatte zuvor die Vollmacht erteilt, jeden der mit einer Waffe angetroffen wurde zu erschießen. Hauptmann Waldemar Pabst – als Strippenzieher im Hintergrund – sorgte mit Zusatzbefehlen für eine Verschärfung. Auch Funde von Waffen bei Hausdurchsuchungen genügten für eine Hinrichtung, selbst wenn der Betreffende an Kämpfen gar nicht beteiligt war. Auf dem stillgelegten Gemeindefriedhof an der Möllendorffstraße wurden die Standgerichtsurteile vollstreckt. Vergeblich bemühten sich Abordnungen der Stadt Lichtenberg – darunter der kaisertreue Oberbürgermeister – die Militäraktion zu verhindern.

In der Nacht vom 8. zum 9. Mai 1945 wurde im Bezirk Weltgeschichte geschrieben. Mit der Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation in Berlin-Karlshorst war der Schlusspunkt unter den 2. Weltkrieg in Europa gesetzt. Der Bezirk war in der Folgezeit Sitz der SMAD. Von hier aus wurde die sowjetische Besatzungszone verwaltet. Der Bezirk war faktisch der Regierungssitz für Ostdeutschland. Die Siegermächte hatten bekanntlich im Juni 1945 die oberste Regierungsgewalt in Deutschland übernommen, die jede Besatzungsmacht in ihrer Zone ausübte. Die Besatzungszonen und die Besatzungssektoren für Berlin waren bereits im Londoner Protokoll vom September 1944 vereinbart worden. In Berlin-Karlshorst empfing auch die erste Regierung der DDR von der Besatzungsmacht ihre Vollmachten.

Eine Folgewirkung dieser Standortentscheidung war, dass sich das Ministerium für Staatssicherheit der DDR mit seiner Führungszentrale hier ansiedelte. Der KGB und die Kontrolloffiziere der Besatzungsmacht legten Wert auf kurze Wege. Erich Mielke wurde zunächst Leiter der Volkspolizeiinspektion im Bezirk mit dem Sitz der SMAD. Später baute er als Staatssekretär bzw. Minister sein Sicherheitsimperium personell und räumlich immer weiter aus. Ein ganzes Stadtquartier wurde in Anspruch genommen. Dass im Januar 1990 Lichtenberg zum Schauplatz für den spektakulären Schlussakkord der Entmachtung des DDR-Geheimdienstes wurde, der als Amt für Nationale Sicherheit ein zweites Leben führen sollte, war in dieser Vorgeschichte angelegt. Die Bürgerbewegung der DDR war jedoch nur einer der Akteure. Das wurde spätestens sichtbar, als die Rosenholz-Dateien in den USA auftauchten. Bis heute ist nicht aufgeklärt, welche Wege dieses Material im Einzelnen nahm. Dass Global-Player im Spiel waren, ist aber offensichtlich.

Neben den Verflechtungen mit Zäsuren und Ereigniskomplexen der National- und Weltgeschichte sei noch auf weitere Beispiele verwiesen, in denen sich wichtige Entwicklungen in der untersuchten Region spiegeln bzw. Entwicklungen angestoßen haben.

So lässt sich die Entwicklung des industriellen Bauens im Berliner Bezirk Lichtenberg fast lückenlos nachvollziehen. Das begann schon sehr früh in den 1870er Jahren mit den ersten Häusern aus Schla-

¹¹ Preußische Gesetzessammlung 1920, S. 123.

cke beton und Gussbeton in der Victoriastadt, dem heutigen Kaskelkiez. Beton als neuer Werkstoff für Wohnungsbau wurde hier von der Cementbau AG erprobt. In den 1920er Jahren entstand in Friedrichsfelde die erste Plattenbausiedlung. Die Großplatten wurden vor Ort gegossen und dann aufgerichtet. Anfang der 1960er Jahre entstand im heutigen Ortsteil Fennpfuhl der Versuchsbau P2, aus dem die Wohnungsbauserie 70 (WBS 70) hervorging, der meistgebaute Typ des DDR-Wohnungsbauprogramms. In unmittelbarer Nähe entstand auf Brach- und Gartenland zwischen 1972 und 1986 die Großsiedlung Fennpfuhl, das Modellprojekt für komplexen Wohnungsbau. Ab 1977 wurde der komplexe Wohnungsbau im Neubaugebiet Marzahn fortgesetzt, das damals noch zum Bezirk gehörte.

Ein Ausflug in die Kulturgeschichte hält ebenfalls interessante Entdeckungen bereit. So stoßen wir auf Dr. Julius Kurth (1870-1949), Pastor in Hohenschönhausen und Privatgelehrter. Seine Schriften über Japanische und chinesische Holzschnittkunst sowie seine Sammlung ägyptischer Altertümer und Papyri finden heute noch Anerkennung in der Fachwelt. In der Victoriastadt wuchs Heinrich Zille (1858-1929) zu dem Zeichner des Berliner Milieus heran. Im gleichen Kiez wurde Margarete Steffin (1908-1941) geboren, die Muse und Mitautorin von Berthold Brecht. Die Königin der Trivalliteratur Hedwig Courths-Mahler (1867-1950) und ihre damals ebenfalls hochgeschätzte Henny Oehmke (1857- ca. 1934) wohnten und schrieben in Karlshorst. Heiner Müller (1929-1995) brachte 1961 in Karlshorst sein Stück „Die Umsiedlerin“ auf die Bühne, das für politischen Wirbel und Verbote sorgte. Später lebte er etliche Jahre in Friedrichsfelde. Hier wohnten auch die Schriftstellerin Irma Traud Morgner (1933-1990) und der Science-fiction-Autor Herbert Ziergiebel (1922-1988). Die legendäre Comic-Reihe über die Digidags entstand im Atelier von Johannes Hegenbarth, bekannt als Hannes Hegen (1925-2014), in Karlshorst.

Der Ursprung wegweisender Erfindungen lässt sich ebenfalls regionalgeschichtlich verorten. Die Bedeutung der Trockenbatterie für den Alltag von Millionen von Menschen ist gewiss unbestritten. Ihre Erfindung geht auf Paul Schmidt (1868-1948) zurück. Der Unternehmer und Erfinder wohnte im Gutshaus in Hohenschönhausen. Die Erfindung der Perlonfaser ist mit dem Chemiker Paul Schlack (1897-1987) verbunden, der die Forschungsabteilung der Aceta-Werke in Rummelsburg leitete. Wer einen Eierschneider benutzt, wird kaum wissen, dass dieses praktische Gerät von dem Ingenieur Willy Abel (1875-1951) erfunden wurde, der in Lichtenberg eine Fabrik für Haushaltsgeräte betrieb.

Ausgewählte Fragestellungen und Aspekte

Regionalgeschichtliche Forschung und Darstellung setzt die Kenntnis bzw. Klärung der jeweiligen Verortung in Herrschafts- und Verwaltungsstrukturen voraus. Schon bei der Suche nach Quellen ist dies von besonderer Bedeutung, aber auch für die Kontextualisierung zum regionalgeschichtlichen Bezugsrahmen im engeren und weiteren Sinne. Oft hat sich die Verortung im Laufe der Entwicklung verändert, haben grundherrschaftliche Besitzverhältnisse und hoheitliche und verwaltungstechnische Zuordnungen gewechselt.

Das hier in Rede stehende Lichtenberg hat lange Zeit als Kämmereidorf Berlins eher ein Mauerblümchendasein geführt. Erst 1900 wurden Dorf und Gutsbezirk zu einer Landgemeinde zusammengeführt. Da hatte die Gemeinde bereits seit 17 Jahren eine gewählte Gemeindevertretung, seit einhalb Jahren ein repräsentatives Rathaus und über 43.000 Einwohner, mehr als die meisten Städte im Regierungsbezirk Potsdam. Die Gemeinde gehörte zum Kreis Niederbarnim. 1907 erhielt Lichtenberg nach mehreren vergeblichen Anläufen die Stadtrechte verliehen und schied aus dem Kreisverband aus – war mit 68.000 Einwohnern kreisfreie Stadt. Dem folgten 13 Jahre eigene Stadtgeschichte. Mit der Bildung der neuen Stadtgemeinde Berlin 1920 wurde Lichtenberg namensgebender Teil des 17. Verwaltungsbezirks der Großgemeinde und damit noch stärker eingeordnet in die Hauptstadtgeschichte. Verflochten war das Berliner Umland schon zuvor mit den Entwicklungen Berlins. Dem trug ab 1911 der Zweckverband Groß-Berlin Rechnung. Die Einrichtung der Besatzungssektoren 1945 bedeutete trotz Fortexistenz einer gemeinsamen Berliner Kommunalverwaltung einen weiteren Einschnitt, der sich aus den Hoheitsrechten der jeweiligen Besatzungsmacht ergab. Dieser Einschnitt

verfestigte sich Ende 1948 mit der Spaltung der Stadt für mehrere Jahrzehnte. Lichtenberg gehörte zum Ostteil der Stadt, die sich als Hauptstadt der 1949 gegründeten DDR verstand. Im Juni 1990 trafen sich die Stadtregierungen beider Teile, um das Zusammenwachsen zu organisieren. Für eine Übergangszeit regierte ein Magistrat. Dessen Einflussmöglichkeiten waren ausgesprochen asymmetrisch zugunsten der bundesrepublikanischen Verwaltungs- und Politprofis verteilt.

Um die Frage zu klären, worauf sich die Geschichte in einem definierten Zeitabschnitt beziehen muss, sind der jeweilige *territorialer Bezug und die territorialen Veränderungen* abzuklären. In der Regel expandieren Orte und Städte. Damit erweitert sich das Betrachtungsfeld für Orts- und Stadtgeschichte. Manchmal gehen Orte und Städte in größeren Gebilden auf, wie das an der Berliner Landesgeschichte im 20. Jahrhundert exemplarisch zu beobachten war.

Lichtenberg ist in diesem Zusammenhang ein interessanter Sonderfall. Kein anderer Berliner Verwaltungsbezirk hat so oft und so einschneidend sein Territorium verändert. Zunächst entwickelte sich das kleine unscheinbare Kämmereidorf durch Zusammenschluss mit dem Gutsbezirk 1900 zur Landgemeinde, die als bevölkerungsreichstes Dorf Preußens 1907 zur Stadt erhoben wurde. Im Jahre 1912 schloss sich die Landgemeinde Boxhagen-Rummelsburg der Stadt Lichtenberg an. Mit der Bildung der neuen Stadtgemeinde Berlin erlangte Lichtenberg als namensgebendes Zentrum des 17. Verwaltungsbezirks seine größte Ausdehnung. Der Bezirk umfasste nun auch die Landgemeinden Friedrichsfelde, Biesdorf, Kaulsdorf, Marzahn, und Mahlsdorf sowie die Gutsbezirke Biesdorf und Hellersdorf und Wuhlgarten. Mit der Neufestlegung der Bezirksgrenzen 1937 musste der Bezirk die innerhalb des Stadtbahnrings gelegenen Teile von Boxhagen-Rummelsburg sowie Territorien südlich der Landsberger Chaussee abtreten. Im Ergebnis des Wohnungsbauprogramms bildete die Stadtverordnetenversammlung im Januar 1979 den neuen Stadtbezirk Marzahn. Lichtenberg verlor damit die Ortsteile Biesdorf, Kaulsdorf, Marzahn, Mahlsdorf und Hellersdorf. Das waren immerhin 67 Prozent des bisherigen Territoriums. Trotz ausdrücklicher Proteste im Jahre 1979 sanktionierte der Einigungsvertrag vom August 1990 diese neue Bezirksstruktur. Zum 1. Januar 2001 fusionierte Lichtenberg im Zuge einer Verwaltungsreform mit dem erst 1985 aus Teilen des Stadtbezirks Weißensee herausgeschnittenen Bezirk Hohenschönhausen. Neben dem alten Hohenschönhausen bestand es aus den Ortsteilen Malchow, Wartenberg und Falkenberg sowie aus der neugebauten Großsiedlung Hohenschönhausen. Für den Forscher sind demzufolge neue Ortsgeschichten und eine kurzlebige Bezirks- geschichte zu integrieren.

Umfang und Qualität des regionalgeschichtlichen Narratives wird maßgeblich von der *Quellenlage* beeinflusst. Kirchenbücher, Schulchroniken, Ortschroniken, Landes- und Stadtarchive bieten in der Regel hinreichend Material. Für den Zeitraum ab der Mitte des 19. Jahrhunderts kann der Forscher auf Zeitungen zurückgreifen. Dennoch ist ein solcher Materialfundus nicht in jedem Einzelfall gesichert. Vor allem Kriegsverluste machen sich oft schmerzlich bemerkbar. Für Lichtenberg und seine Ortsteile ist die Archivüberlieferung lückenhaft. Von den ortbezogenen Zeitungen gibt es keine zusammenhängende Überlieferung. Es existieren lediglich wenige Einzelexemplare. So lassen sich viele Vorgänge und Ereignisse nur aus früheren regionalgeschichtlichen Publikationen rekonstruieren. Aber auch die haben im konkreten Fall Seltenheitswert. Die Zeit vor der Stadtwerdung 1907 ist resümierend 1910 von einem Stadtrat beschrieben worden.¹² Die letzte zusammenfassende Publikation über Lichtenberg stammt aus von 1935 und endet mit Ereignissen am Ende des ersten Weltkrieges.¹³ Hohenschönhausen wurde 1995 in der Reihe Geschichte der Berliner Verwaltungsbezirke abgehandelt.¹⁴

Regionalgeschichtliche Narrative können – wie andere historische Darstellung auch – unterschiedliche Ansätze verfolgen und unterschiedliche Blickwinkel in den Mittelpunkt rücken. So kann die poli-

¹² Siehe [Ernst] Unger: Geschichte Lichtenbergs bis zur Erlangung der Stadtrechte, Berlin 1910.

¹³ Siehe Ernst Kaeber (Hg.): Lichtenberg. Bausteine zur Geschichte eines Weltstadtbezirks.

¹⁴ Anke Huschner: Hohenschönhausen, Berlin 1995 (=Geschichte der Berliner Verwaltungsbezirke; 15).

tische, die ökonomische, die kulturelle oder die sozioökonomische Entwicklung und Ereigniskette im Zentrum der Betrachtung stehen. Oft dominiert ein Blickwinkel, dem punktuell weitere Aspekte hinzugefügt werden. Darstellungen zu Einzelproblemen können sich durchaus auf einen oder wenige Aspekte konzentrieren. Gesamtdarstellungen kommen jedoch ohne einen interdisziplinären Ansatz nicht aus. Ortsgeschichte, die Siedlungsursprünge aufzeigen will, benötigt archäologisches Fachwissen. Geschichte von Betrieben ist ohne das Wissen um Technik- und Verfahrensgeschichte nicht glaubwürdig zu erforschen und darzustellen. Und Stadtgeschichte ohne hinreichende Kenntnis von Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte stößt rasch an Grenzen. Viel hängt hier von den Vorleistungen aus verschiedenen Disziplinen ab. Kaum ein Regionalhistoriker kann die ganze Bandbreite selbst abdecken. Er sollte jedoch offen sein für die Resultate der verschiedenen Disziplinen.

Die regionalgeschichtliche Erzählung verlangt und erzwingt anders als die meisten Überblicksdarstellungen zur National- und Weltgeschichte mehr Nähe zum Detail. Ereignisse und Prozesse müssen genauer verortet werden. Der Frage – was ist wann und wo geschehen und wer war daran beteiligt – kann die regionalgeschichtliche Erzählung nicht so einfach ausweichen. Sie kann sie auch nicht ohne weiteres durch den Verweis auf allgemeine Prozesse umgehen. Insbesondere für die Abschnitte der jüngeren Geschichte sind oft Ereignisorte noch präsent, leben Akteure bzw. ihre Nachkommen noch, sind Geschehnisse in der Erinnerung und in der Familienerzählung lebendig. Die Nähe zu den Ereignisorten und die vorhanden mittel- bzw. unmittelbaren Spuren und Nachwirkungen von Ereignissen in einem enger umgrenzten Territorium verlangen eine recht große Detailtreue. Regionalgeschichte lenkt den Focus auf Akteure, die in der „Königsperspektive“ größerer Meistererzählungen kaum Erwähnung finden können.

An dieser Stelle ist eine Bemerkung zum Platz der Laienforschung in der Regionalgeschichte angezeigt. Die Regionalgeschichte zeichnet sich durch ein hohes Maß an kooperativer Beziehung zwischen akademischer und Laienforschung aus. Ohne die engagierte Arbeit von Laienforschern wäre die Fülle der oft kleinteiligen Gegenstände kaum zu bewältigen. Die Aufklärung manches Details verdankt die Forschung dem unermüdlischen Einsatz von Laien. Etliche Laien entwickeln sich im Verlaufe ihrer Arbeit zu hochgradigen Spezialisten ihres auserkorenen Gegenstandes. Eine solche, über Jahre auf eine relativ eingegrenzte Fragestellung konzentrierte Spezialisierung ist im akademischen Betrieb meist gar nicht möglich. Aus diesem Zusammenspiel ergeben sich wiederum Anforderungen an die Quellenkritik und Anforderungen an die Orientierung von Laien durch die Fachwissenschaft.

Trotz der beachtlichen Fortschritte, die die Regionalgeschichtsforschung in den zurückliegenden Jahrzehnten zu verzeichnen hat, möchte ich auch auf einige offensichtliche lokalgeschichtliche Defizite vor allem bezüglich der jüngeren Geschichte hinweisen. Während der Widerstand gegen das NS-Regime und die Repressionsgeschichte relativ gut aufgearbeitet werden konnten, liegen die Jahre 1933 bis 1945 – was den Blick auf die Funktionsmechanismen der Stadt- und Ortsgesellschaft betrifft noch weitgehend unter einem Schleier. Die Abschnitte zu diesem Zeitraum fallen meist sehr knapp oder cursorisch aus. Die Frage aber, wie hat Faschismus im Alltag funktioniert, dürfte angesichts der Vitalisierung eines neuen Rechtspopulismus von größtem Interesse sein. Unter diesem Blickwinkel sollte auch der Zeitraum von 1918 bis 1933 erneut unter die Lupe genommen werden.

Unbefriedigend sind gleichfalls die regionalgeschichtlichen Darstellungen für den Zeitraum zwischen 1945 und 1990, insofern sie Orte und Regionen im Osten Deutschlands zum Gegenstand haben. Allein aus der Sicht der sicher notwendigen „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ lässt sich kein stimmiges Bild zeichnen. Hier geht es nicht um die Frage wie kritisch oder unkritisch das Bild sein darf. Es geht darum, dem „Holzschnitt“ weitere Facetten hinzuzufügen, die erst ein komplexes und überzeugendes Bild ermöglichen. In den über vier Jahrzehnten „Fußnote“ steckt trotz des großen Förder- und Forschungsaufwands für die Geschichtswissenschaft noch erhebliches Potential.¹⁵

Abschließend noch eine Bemerkung zu den Konsumenten von regionalgeschichtlichen Publikationen. Da die Adressaten regionalgeschichtlicher Publikationen in der Regel vor allem historisch inte-

¹⁵ Siehe Ulrich Mähler (Hg.): Die DDR als Chance. Neue Perspektiven auf ein altes Thema, Berlin 2016.

ressierte Bürgerinnen und Bürger sind, sollte in der Regel auch die Darstellung auf dieses Zielpublikum zugeschnitten sein. Sie interessieren sich weniger für die neuesten Theoriendebatten. Die muss der akademische Forscher und Produzent der Publikationen im Kopf haben. Seine Zielgruppen erreicht er aber nur, wenn er die Ergebnisse seiner Wissenschaft in eine Form bringt, in der sie rezipiert werden können.

Adresse des Verfassers: prof.juergen.hofmann@gmx.de